

Kommunalpolitisches Wahlprogramm der AfD im Heidekreis

– Fassung vom 31.03.2021 –

Teil I: Die AfD Grundpositionen	3
1. Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung	3
2. Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung	3
3. Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Selbstständigkeit	3
Teil II: Unsere kommunalpolitischen Ziele	3
1. Allgemeine Verwaltung	4
01. Den öffentlichen Dienst schlank und effizient organisieren	4
02. Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen	4
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4
01. Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns vor unsere Polizei	4
02. Brandschutz- und Rettungsdienste unterstützen	4
03. Dem Recht wieder Geltung verschaffen	4
04. Das Gesetz steht über der Religion	5
3. Schulen	5
01. Was Schule leisten soll	5
02. Ganztagschulen lösen nicht unsere Probleme	5
03. Digitalisierung in der Schule ist kein Selbstzweck	6
04. Attraktive Angebote für Schulspeisungen machen	6
05. Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern	6
4. Familien und soziale Sicherung	6
01. Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft	6
02. Eine Zukunft haben wir nur mit unseren Kindern	6
03. Familien auch in den Kommunen steuerlich entlasten	7
04. Kommunale Infrastruktur familienfreundlich gestalten	7
05. Kommunale Projekte sollen familienfreundlich sein	7
06. Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und Fordern	7
07. Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten	7
08. Beratung und Ermutigung für junge Paare	7
09. Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern	8
10. Ehrenamtliches Engagement fördern	8
11. Freizeitangebote für Jugendliche auf dem Lande fördern	8

5. Flächenplanung und Verkehr.....	8
01. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen	8
02. Familien beim Eigenheimbau unterstützen	9
03. Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen	9
04. Der Bodenspekulation entgegenwirken	9
05. Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten	9
06. Im Heidekreis die Landflucht beenden	9
07. Den Verkehrsfluss verbessern.....	10
08. Bahnanbindungen verbessern.....	10
09. Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben.....	10
10. Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik.....	10
6. Landwirtschaft, Umwelt und Energie	10
01. Heimische Landwirtschaft und gesunde Ernährung sicherstellen.....	10
02. Modernes Internet für jeden Hof	11
03. Finanzielle EU-Benachteiligungen unserer Bauern rückgängig machen.....	11
04. Preisdumping gegen Milchbauern und Schweinezüchter beenden	11
05. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben	11
06. Regionale Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften fördern.....	11
07. Wald und heimische Wildtiere schützen, den positiven Wert der Jagd anerkennen.....	11
08. Weidetierhalter schützen – Wolfspopulation begrenzen	12
09. Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom	12
10. Vorsorge gegen Zusammenbrüche der Stromnetze treffen – EEG abschaffen.....	12
11. Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen	13
12. Keine weiteren Windkraftanlagen mehr.....	13
13. Die Biogasproduktion muss naturverträglich sein.....	13
14. Solarenergie sinnvoll nutzen	13
7. Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung.....	13
01. Den Mittelstand vor Ort fördern	14
02. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen	14
03. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten.....	14
04. Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern	15
05. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt	15
06. Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge	15
8. Allgemeine Finanzwirtschaft	15
01. Die Finanzkraft der Kommunen stärken	15
02. Steuermittel sparsam und effizient verwenden.....	15
9. Die Bundeswehr ist im Heidekreis willkommen!	16

Teil I: Die AfD Grundpositionen

In der Präambel unseres Grundsatzprogramms haben wir, die Mitglieder der Alternative für Deutschland, uns wie folgt positioniert:

Wir sind Liberale und Konservative.

Wir sind freie Bürger unseres Landes.

Wir sind überzeugte Demokraten.

Aus dieser grundsätzlichen Positionierung leiten wir folgende Forderungen auf kommunaler Ebene ab:

1. Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung

Die Alternative für Deutschland steht auf dem Wertefundament der vorab genannten Grundpositionen. Daraus folgt unsere Forderung nicht nur nach der Freiheit auf Bewahrung der eigenen Nation und Kultur, sondern auch der Freiheit des Einzelnen von staatlicher Bevormundung, sei es in Angelegenheiten der Familie und Kindererziehung, des Wohnens und der wirtschaftlichen Betätigung.

2. Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung

Wir bedauern, dass de facto das einzig gesicherte Recht der wahlberechtigten Bürger darin besteht, alle fünf Jahre für die Räte und alle acht Jahre für die Hauptverwaltungsbeamten Namen und Parteien auf Wahlzetteln anzukreuzen.

Darüber hinaus sind im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) Mitwirkungsrechte für Einwohner und Bürger und nur äußerst eingeschränkte Mitentscheidungsrechte für die Bürger in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentschieden (natürlich von „Oben“) festgelegt.

Die Realität zeigt, dass die Barrieren für Mitentscheidungen oder gar Entscheidungen in Niedersachsen so hoch angesetzt sind, dass sie bisher nur in wenigen Fällen angewendet wurden.

Diese Mitbestimmungsrechte wollen wir, wo es möglich ist, verbessern.

3. Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Selbstständigkeit

Im Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes und in Art. 57 der Niedersächsischen Verfassung ist festgelegt, dass die Gemeinden und Gemeindeverbänden ein Anrecht darauf haben, alle örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln.

Doch was örtliche Angelegenheiten sind, wird nicht durch die Kommunen, sondern durch Bundes- und Landespolitiker entschieden. Dieser Missstand hat dazu geführt, dass die Realität sieht derzeit anders aus: Nur ein Bruchteil der von den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben sind Aufgaben, in denen noch ein Entscheidungsspielraum besteht. Dieser wird zudem zunehmend durch Regelungen und Vorgaben auf EU-Ebene eingeengt.

Wir wollen diese Entwicklung umkehren und die Entscheidungsspielräume der Kommunen ausweiten.

Teil II: Unsere kommunalpolitischen Ziele

1. Allgemeine Verwaltung

01. Den öffentlichen Dienst schlank und effizient organisieren

Die Bürger müssen den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen. Wir wollen den Umfang des öffentlichen Dienstes auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren. Dazu gehört die Verringerung der Anzahl der Verwaltungsebenen wie aber auch die Verbesserung des internen Austauschs und die sachliche Überprüfung der Anzahl der Behörden. Außerdem müssen Behörden eine klare Aufgaben- und Verantwortungszuordnung aufweisen.

Entscheidungen sollen dort vor Ort getroffen werden, wo der Entscheidungsbedarf entsteht. Wir wollen daher Verwaltungsabläufe und -strukturen auch dezentralisieren.

02. Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen

Die zunehmende Digitalisierung bietet der Verwaltung neue Möglichkeiten nach innen und außen. Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen.

Zur Steigerung der Bürgernähe sollen die Behörden ihre digitalen Leistungsangebote für den Bürger weiter ausbauen und ihre Kommunikation, etwa in Schreiben und Veröffentlichungen, adressatengerechter gestalten. Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten. Dies gilt auch für finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

01. Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns vor unsere Polizei

Die öffentliche Ordnung wird durch aggressives Betteln, öffentliche Gelage, provokatives Verhalten an christlichen Feiertagen und die Okkupation des öffentlichen Raumes z. B. durch Randalierer oder Gruppen von Migranten gefährdet. Auch müssen politische Parteien in ihrer öffentlichen Arbeit vor Angriffen von Störern, Saboteuren und Gewalttätern wirksam geschützt werden.

Niedersachsens Polizei braucht die volle Rückendeckung durch die Politik. Eine Bloßstellung und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter darf es nicht geben. Einsatzkritik sollte ggf. intern erfolgen und nicht über die Medien lanciert werden.

02. Brandschutz- und Rettungsdienste unterstützen

Wir unterstützen die kommunalen Brandschutz- und Rettungsdienste. Sie sind ein Schwerpunkt des ehrenamtlichen Engagements und besonderes zu fördern.

03. Dem Recht wieder Geltung verschaffen

AfD Kreisverband Heidekreis

Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie sowie einen schlanken Rechtsstaat ein und verschaffen dem Gesetz wieder uneingeschränkte Geltung.

Wir bekämpfen die Feinde der Demokratie, seien es ideologische und religiöse Fanatiker, kriminelle Einzeltäter oder Banden. Den kommunistischen Gewalttätern der Antifa werden wir entschieden entgentreten und die Verherrlichung ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie an den Schulen unterbinden.

04. Das Gesetz steht über der Religion

In Deutschland gibt es tausende radikaler Salafisten, die in ausländisch finanzierten Moscheen Hass gegen „Ungläubige“ predigen. Auch in Niedersachsen geht eine große Zahl staats- und deutschfeindlicher Islamisten unbehelligt ihren Aktivitäten nach; es haben sich Terrorzellen gebildet.

Die Religionsfreiheit gilt aber nicht unbegrenzt und findet ihre Schranken in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ein Islam, der Aufklärung, Demokratie und europäische Lebensweise nicht achtet, ist somit in Deutschland nicht durch die Religionsfreiheit geschützt und kann als verfassungsfeindlich unterbunden werden.

3. Schulen

01. Was Schule leisten soll

Die Alternative für Deutschland tritt für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem in Niedersachsen ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente. Die völlig unnötige Abschaffung dieses erfolgreichen Schulsystems und die zunehmende Ersetzung durch eine ideologisierte Einheitsschule lehnt die Alternative für Deutschland damit entschieden ab.

Wir machen unser Bildungssystem wieder so leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen der Schüler gerecht wird.

02. Ganztagschulen lösen nicht unsere Probleme

Der verpflichtenden Ganztagschule wird zugeschrieben, Kinder aus Unterschichtmilieus herausführen zu können. Auch wenn diese Hoffnung sympathisch klingt, muss man nüchtern feststellen, dass Schule in der Wirklichkeit dafür nur bedingt geeignet ist. Die fehlenden sozialen Verbindungen der Schüler zur Familie, zu Vereinen und Freundschaftsgruppen kann von der Ganztagschule nicht ersetzt werden. Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote können ihren begrenzten Beitrag zur Milderung der Probleme besser und gleichzeitig kostengünstiger leisten. Insbesondere darf die Leistung der Vereine in unseren Kommunen für die Entwicklung der Heranwachsenden und den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht unterschätzt werden. Diese wertvolle gesellschaftliche Arbeit wird durch die verpflichtende Ganztagschule massiv gefährdet.

03. Digitalisierung in der Schule ist kein Selbstzweck

Wir unterstützen eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Im 21. Jahrhundert muss eine leistungsfähige Schule selbstverständlich zeitgemäße Informationsverarbeitungssysteme sowohl für den Unterricht als auch für die Schulverwaltung nutzen. Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software flächendeckend durch die Schulträger auszustatten.

Die Einführung von speziellen Schulverwaltungsprogrammen, wie z.B. IServ, die die Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern erleichtern, ist zu unterstützen und auszubauen.

Dagegen lehnen wir die digitale Speicherung von Schulbüchern und die Erledigung von Aufgaben aller Art auf Tablets ab, da sie zu einer Ablenkung vom zentralen Unterricht führen. Das gedruckte Schulbuch und das mündliche Unterrichtsgespräch können und dürfen nicht durch den Einsatz digitalisierter Medien wie Tablets ersetzt, sondern allenfalls ergänzt werden. Ein Heimunterricht darf nur eine Ausnahme, nie die Regel sein.

Die kommunalen Schulträger haben zwingend die Systemadministration als Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung zu gewährleisten.

04. Attraktive Angebote für Schulspeisungen machen

Die Kommunen stehen in der Pflicht, Angebote für eine kostengünstige und hochwertige Speisung der Schüler in der Schule zu machen. Wir erwarten ein kindergerechtes qualitativ hochwertiges Essen ohne ideologischen oder religiösen „Beigeschmack“.

05. Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern

Die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit soziokulturellen Einrichtungen darf nicht mehr vernachlässigt werden. Die AfD Niedersachsen wird über geänderte Steuerschlüssel die Kommunen finanziell besser in die Lage versetzen, die sozialen Dienste und das Kulturleben auf dem Lande angemessen zu unterstützen.

Wir unterstützen die Kreisvolkshochschulen.

4. Familien und soziale Sicherung

01. Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien übergreifend auch bei allen kommunalpolitischen Themen.

02. Eine Zukunft haben wir nur mit unseren Kindern

Als Zukunftssicherung brauchen wir in unseren Kommunen eine systematische Kinder- und Familienfreundlichkeit, die die Entscheidung jedes Einzelnen für das Leben mit Kindern erleichtert.

Dies trägt zur Sicherung von Entfaltungs- und Lebensräumen für Kinder bei. Es stärkt die Eigenverantwortlichkeit der Kernfamilien und fördert die Familiennetze, die reale Hilfen für Familien in Notlagen bieten.

03. Familien auch in den Kommunen steuerlich entlasten

Wir werden die Grunderwerbsteuer abschaffen. Hierdurch werden auch Familien mit Kleinkindern oder schulpflichtigen Kindern finanziell entlastet, die ein Eigenheim erwerben wollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien und diejenigen, die es möchten, Einfamilienhäuser bauen können und hierfür eine entsprechende Förderung erhalten.

04. Kommunale Infrastruktur familienfreundlich gestalten

Für uns gehört zu einer familienfreundlichen Stadt eine kostenlose Schülerbeförderung ebenso, wie eine familienfreundliche Infrastruktur. Wir machen uns in den Kommunen für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Erneuerung und Aufwertung von Spielplätzen und sicherer Schulwege stark.

05. Kommunale Projekte sollen familienfreundlich sein

Wir wollen kommunale Projekte auf ihre Familienfreundlichkeit prüfen und darauf hinwirken, dass die berechtigten Interessen von Familien angemessen berücksichtigt werden.

06. Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und Fordern

In der Jugend- und Sozialhilfe gilt es, nicht Missstände zu verwalten, sondern sie abzustellen. Fördern und fordern gehören zusammen. Wo die Familie versagt, muss angemessen eingegriffen werden. Um verwahrloste und kriminelle Jugendliche zu resozialisieren, müssen ihnen die Normen und Werte unserer Gesellschaft nachhaltig vermittelt werden. Hierzu werden wir in ausreichendem Maße geschlossene Einrichtungen zur Verfügung stellen. Jugendliche, die sich dem entziehen oder verweigern, müssen konsequent mit den gesetzlichen Möglichkeiten sanktioniert werden.

07. Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten

Wir setzen uns für eine deutlich positive Aufwertung der gesellschaftlichen Bewertung der Mutterrolle ein. Die Leistung vieler Mütter für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die familiennahe Betreuung ist ein Recht von Mutter und Vater. Politische Weichenstellungen, die eine Bevorzugung der öffentlichen (staatlichen) Kinderbetreuung anstreben, lehnen wir ab. Wir stehen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kleinen zu Hause betreuen oder in einer wohnortnahen Krippe und einem Kindergarten betreuen lassen. Deshalb setzt sich die AfD für die vollständige Abschaffung von Kindergartengebühren, ein.

08. Beratung und Ermutigung für junge Paare

Wir wollen junge Eltern ermutigen, denen dies nicht von ihren Eltern vermittelt wurde, einen Haushalt

AfD Kreisverband Heidekreis

zu führen und ihre Kinder verantwortungsbewusst zu erziehen. Wir schaffen deshalb Beratungsangebote für junge Paare und Eltern, damit sie ihre Aufgaben und ihre Verantwortung als Eltern kennen lernen und sie erfüllen können.

09. Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern

Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, bei gleichzeitig optimalen Bedingungen für unsere Kinder.

Wichtig ist es uns, dass Frauen, die wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen, durch gezielte Fort- und Weiterbildungsprogramme entsprechend gefördert werden. Den Berufsrückkehrerinnen wird dadurch die Möglichkeit eröffnet, wieder in ihrem erlernten Beruf ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Der bereits bestehende Anspruch auf Kita- und Krippenplätze muss insbesondere für berufstätige Frauen endlich praxisnah umgesetzt werden. Hierbei sind die Öffnungszeiten an den Berufsalltag unter Berücksichtigung der Fahrtzeiten anzupassen.

10. Ehrenamtliches Engagement fördern

Wir wollen das Gemeinwesen fördern und die Wohn- und Lebensqualität in den ländlichen Gemeinden verbessern. Neben den klassischen Einrichtungen wie Gemeindezentren, Kitas und Schulen sollen auf ehrenamtlicher Basis Treffpunkte mit vielfältigen Angeboten für Menschen aller sozialen Gruppen geschaffen werden.

Das dörfliche Leben wird durch ehrenamtlich engagierte Mitmenschen gestärkt, die in der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz aktiv sind, wie auch als Dorfhelferinnen oder im Landfrauenbund sowie bei den Tafeln. Wesentliche Träger ehrenamtlichen Engagements sind außerdem die klassischen Vereine, denen unser besonderes Augenmerk gilt. Hierzu gehören Sport-, Schützen-, Heimat-, Gesangs- und Kulturvereine.

11. Freizeitangebote für Jugendliche auf dem Lande fördern

Die Jugend benötigt Freizeitangebote auf dem Lande, damit sie dort verwurzelt bleibt und der Landflucht entgegengewirkt wird. Hierzu können z.B. Diskotheken in Gewerbegebieten mit Nachtbusanbindung gehören.

5. Flächenplanung und Verkehr

01. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen

Die politische Einflussnahme auf die Planung, Vergabe und Durchführung öffentlicher Bauprojekte richtet erhebliche Schäden an. Der Flughafen Berlin ist hierfür genauso ein Beispiel, wie das „Heideklinikum“. Fachentscheidungen gehören in die Hand von hierfür fachlich ausgebildeten und ihrer Neutralitätspflicht verbundenen Beamten.

Öffentliche Bauprojekte müssen professionell geplant und ausgeführt werden. Hier ist professionelles

Projektmanagement ohne politisches Herumlaviieren erforderlich. Die Rechtssicherheit ist ein unverzichtbarer Bestandteil öffentlichen Handelns. Hinzu kommen jedoch auch Effizienz und Pragmatismus.

02. Familien beim Eigenheimbau unterstützen

Die AfD will den Wohnraum für junge Familien fördern und eine Infrastruktur schaffen, in der sich Kinder willkommen fühlen. Wir unterstützen daher eine aktive Baupolitik, die eine bevorzugte Flächenzuweisung und eine vergünstigte Vergabe von Bauland an kinderreiche deutsche Familien vorsieht.

Das Mehrgenerationenwohnen wird von uns als Grundsatz in den Bauleit- und Flächennutzungsplanungen verankert.

03. Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen

Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete sollte darauf geachtet werden, dass nicht ein Übermaß an naturnahen Landschaften verloren geht. Außerdem sollten nach Möglichkeit keine Gewerbebetriebe angesiedelt werden, welche in ruinöser Konkurrenz zu den bereits ortsansässigen lokalen Betrieben stehen würden.

04. Der Bodenspekulation entgegenwirken

Wir sind entschieden gegen die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete oder Infrastrukturprojekte.

Freie Flächen nehmen rapide ab, obwohl dies nicht notwendig ist, wenn bestehende Wohn- und Gewerbeflächen angemessen und behutsam verdichtet und Industriebrachen neu genutzt werden. Daher lehnen wir die großflächige Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese ab.

05. Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten

Wir unterstützen die ökologische Aufwertung von Brachflächen in Verkehrs-, Gewerbe- und Wohnbereichen, z. B. auf Flachdächern oder in Verkehrskreiseln. Hier können Blühflächen, Nutzsträucher und Obstbäume angepflanzt werden.

06. Im Heidekreis die Landflucht beenden

In Niedersachsen findet derzeit eine ungebremschte Wanderungsbewegung vom Land in die Städte statt. Diese Landflucht trägt dazu bei, dass bezahlbarer Wohnraum in den Großstädten kaum noch vorhanden ist. Daneben droht die Gefahr, dass der ländliche Raum verödet und dort die Basisinfrastruktur nicht mehr uneingeschränkt vorgehalten werden kann.

Die **AfD im Heidekreis** setzt sich dafür ein, der Landflucht entgegenzuwirken, indem das Leben außerhalb der Städte wieder attraktiver wird. Voraussetzung ist eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verbesserung der Lebensqualität und Wirtschaftskraft.

Wir unterstützen mittelständische Strukturen, z. B. in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelerzeugung und -veredelung. Die überzogene bürokratische Gängelung von Hofläden, Landschlachtereien und mittelständischen Molkereibetrieben werden wir beenden.

07. Den Verkehrsfluss verbessern

Eine Verbotskultur gegen den Individualverkehr lehnen wir ab. Die Nutzung von Fahrrad und Bus muss freiwillig bleiben, soll aber durch kommunale Maßnahmen unterstützte werden. Der Verkehrsfluss auf den Durchgangsstraßen soll durch intelligente Schaltung der Ampelanlagen verbessert werden, dadurch können in Städten die täglichen Stunden mit Stop-and-Go vermieden werden. Ein Gewinn für Fahrer und Passanten.

Verkehrstechnische Maßnahmen mit dem Ziel, den Individualverkehr künstlich zu behindern, lehnen wir grundsätzlich ab. Außerdem sollten abseits von Unfallschwerpunkten Ampelanlagen in Zeiten geringen Verkehrsaufkommens grundsätzlich abgeschaltet werden.

Geschwindigkeitskontrollen dienen der Verkehrssicherheit, nicht den Kommunalfinanzen. Daher setzen wir uns dafür ein, ortsfeste Radarfallen durch vorangestellte Hinweisanlagen zu ergänzen oder sie zu ersetzen.

08. Bahnanbindungen verbessern

Wir unterstützen verbesserte Bahnanbindungen im ländlichen Raum. Hierzu gehören intelligente Beförderungskonzepte, z.B. durch Kleinzüge und Schienenbusse, um trotz geringem Verkehrsaufkommen wirtschaftliche Angebote machen zu können. Wir unterstützen daher auch den Gedanken einer „Bürgermitfahrbank“.

09. Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben

Wir werden den Ausbau des sogenannten Bürgerbus-Netzes mit Kleinbussen vorantreiben. Eine logische Weiterentwicklung ist die Schaffung von Angeboten für flexible Ruf-Bus-Lösungen. Dadurch erschließen sich den Menschen weitere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe.

Das erweiterte Bürgerbus-Liniennetz erleichtert außerdem die medizinische Versorgung gerade von älteren Bürgern ohne eigenen PKW.

10. Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik

Die Nutzung des Fahrrads ist ein Gewinn für die Gesundheit und den Tourismus.

Das erfordert jedoch die kontinuierliche Pflege der Radwege. Hereinragende Büsche und Fahrweg mit Wurzelschäden sind nicht akzeptabel. Vorrangig fordern wir, kurze Lücken zwischen den vorhandenen Streckenabschnitten zu schließen. Wir wollen die Gemeinde fordern und in die Lage versetzen, dieser Aufgabe nachzukommen.

Wir wollen jedoch kein Geld in Sonderprojekte wie „Rad-Schnellwege“ für Langstreckenverbindungen investieren, weil dies nur einigen wenigen Extrem-Radfahrern zugutekommt.

6. Landwirtschaft, Umwelt und Energie

01. Heimische Landwirtschaft und gesunde Ernährung sicherstellen

Eine bedarfsgerechte Düngung mit Mineraldünger sollte in Niedersachsen bei der gesamten Pflanzenproduktion möglich bleiben. Die AfD wünscht eine präzisere Binnendifferenzierung der roten Gebiete mit aktuellen und regional begrenzten Nitratmesswerten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nicht nur die Landwirtschaft Verursacher für eine hohe Nitratbelastung einzelner Grundwasserkörper ist.

02. Modernes Internet für jeden Hof

Die Digitalisierung im ländlichen Raum muss weiter vorangetrieben werden. Landwirtschaftliche Betriebe in Einzellage dürfen dabei nicht ausgenommen werden.

03. Finanzielle EU-Benachteiligungen unserer Bauern rückgängig machen

Die AfD lehnt jede weitere Verschiebung des Geldes aus der ersten Säule der EU-Förderung in die zweite Säule ab. Wir werben dafür, dass die getätigten Verschiebungen rückgängig gemacht werden. Die Unterstützungszahlungen aus der ersten Säule sind keine Subvention für die Landwirte, sondern ausschließlich ein Ausgleich, um das Gefälle zum Weltmarktpreis auszugleichen.

04. Preisdumping gegen Milchbauern und Schweinezüchter beenden

Die AfD fordert für die Milchbauern als Sofortmaßnahme einen Garantiepreis von 0,40 € je Liter Milch. Die schon seit Jahren andauernde Unterdeckung der Produktionskosten bei den Milchbauern hat dazu geführt, dass Investitionen unterblieben sind. Dabei kommt die gesamtgesellschaftliche Forderung nach mehr Tierwohl in den Blick. Unverzichtbar für das Kriterium „Tierwohl“ sind moderne neue Milchviehställe. Die Forderung nach mehr Tierwohl für die Nutztierhaltung in der Landwirtschaft findet gesamtgesellschaftlich eine überaus hohe Zustimmung. An der Ladentheke ist davon dann leider nichts mehr zu spüren.

05. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben

Der grundgesetzlich verankerte Tierschutz muss von der Geburt bis zur Schlachtung der Nutztiere sichergestellt werden. Sicherheit gilt aber auch für die Zuchtbetriebe und Höfe: Wo NGOs und private Vereine mit kriminellen Aktionen gegen Tierhalter aktiv sind, muss dies juristisch geahndet werden.

Wir unterstützen den Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe, weil sie den Schlachtverkehr kurz halten und keine „Stallhaltung auf Rädern“ betrieben wird. Industrielle Großschlachthöfe lehnen wir ab. Eine Alternative wären kleine, mobile Schlachthöfe, wie sie in Frankreich betrieben werden.

06. Regionale Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften fördern

Der Ausbau regionaler Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften ist ressourcenschonend, sichert Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Familienbetrieben auch mit kleinteiligen Strukturen und sichert das Einkommen der ländlichen Bevölkerung.

07. Wald und heimische Wildtiere schützen, den positiven Wert der Jagd anerkennen

Der Wald ist ein unverzichtbarer Faktor für die menschliche Gesellschaft. Ein lebender Wald ist ein

AfD Kreisverband Heidekreis

Umweltschützer ersten Ranges. Er ist ein bedeutsamer Faktor für die menschliche Erholung. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Der Wald hat in den vergangenen Dürre Jahren enorm gelitten. Die derzeit durch Bund und Land gewährten Aufforstungshilfen müssen für mindestens eine Dekade fortgesetzt werden.

Wir stehen an der Seite der Jagdpächter und Jäger, denn diese leisten einen wichtigen Beitrag für den Natur- und Landschaftsschutz. Eine weitere Verschärfung des Jagdgesetzes lehnen wir ab. Wir fordern unter anderem für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) den Einsatz von Nachtzielgeräten und Schalldämpfern bei der Jagd.

Wir orientieren uns bei der Jagdausübung an dem Leitbild: „Wald mit Wild im Einklang mit der Natur.“

08. Weidetierhalter schützen – Wolfspopulation begrenzen

Bei der starken Vermehrung der Wolfspopulation zeigen sich nun die gravierenden Schattenseiten dieser neu angesiedelten Raubtiere. Hunderte Weidetierhalter sind in ihrer Existenz bedroht, da der Wolf nunmehr seinen Nahrungstisch auch auf die Nutztiere auf der Weide ausgedehnt hat.

Frankreich und Schweden haben dem Rechnung getragen und eine Höchstzahl für Wölfe festgelegt: Frankreich 500, Schweden 350. In Niedersachsen leben über 300 Wölfe! Es wird Zeit, dass Niedersachsen diesem Beispiel folgt, um weiteren Schaden von den Weidetierhaltern abzuwenden.

09. Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom

Der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzflächen für Solaranlagen und den Anbau von Maismonokulturen zur Biogaserzeugung hat dramatisch zugenommen. Neben den negativen Folgen für die Umwelt führt dies auch zur Erhöhung der Pachtzinsen und somit zu einem Verdrängungseffekt zu Lasten konventioneller bäuerlicher Betriebe und von Biobauern. Das geänderte EEG lässt außerdem zu, Bauvorhaben im Namen des Klimaschutzes von naturschutzrechtlichen Beschränkungen vollständig zu befreien. Beides lehnen wir ab.

Der Entstehung von EEG-subventionierten Solarparks auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und in Naturschutzgebieten treten wir deshalb entschieden entgegen.

10. Vorsorge gegen Zusammenbrüche der Stromnetze treffen – EEG abschaffen

Elektrische Energie muss sekundengenau bereitgestellt werden, so wie sie auch verbraucht wird.

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG und die sonstigen Maßnahmen der sogenannten „Energiewende“ wird die Sicherheit der Stromversorgung zunehmend gefährdet. Die Gefahr von Netzausfällen steigt in der nächsten Zeit dramatisch an.

Die Abschaffung des EEG ist daher eine zentrale Forderung der AfD, denn alle Bemühungen, durch eine vorübergehende Subventionierung (sog. „Anschubfinanzierung“) zu marktfähigen Anlagen zu kommen, sind gescheitert. EE-Anlagen können stattdessen im Rahmen der Gewerbefreiheit (also ohne Subventionen) ganz normal errichtet werden, sofern sie nicht der Natur oder den Menschen schaden.

Um auf die kommenden Stromausfälle vorbereitet zu sein, sollten für Tankstellen Notstromaggregate bereitgestellt werden.

11. Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen

Vermeehrt tritt der Fall ein, dass bei Windkraftanlagen der 20-jährige Zeitraum der Subventionierung abläuft. Es ist in den meisten Fällen nicht gelungen, im Anschluss an den Subventionierungszeitraum einen marktfähigen Betrieb dieser Anlagen zu erreichen.

Eine weitere Subventionierung von Anlagen, die keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Betrieb erwarten lassen, lehnen wir entschieden ab. Diese Anlagen müssen einschließlich der Fundamente vollständig zurückgebaut werden.

12. Keine weiteren Windkraftanlagen mehr

Ein weiterer Zubau von Windkraftanlagen ergibt keinen Sinn, denn da die neuen Anlagen den Strom zur falschen Zeit liefern würden (wie die bestehenden auch), führt das nur noch dazu, dass die Anteile an „Geisterstrom“ (also Strom, der geliefert werden könnte, aber nicht geliefert wird, da er nicht verwertet werden kann) und Strom, der zu negativen Preisen in das Ausland abgeschoben werden muss, weiter steigen.

Die Ausweisung weiterer Flächen für Windkraftanlagen im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) wird daher abgelehnt.

Wir fordern für die bereits bestehenden Windkraftanlagen unter 2,5 km Entfernung zu bewohnten Gebäuden eine Nachtabschaltung von 20.00 bis 6.00 Uhr.

13. Die Biogasproduktion muss naturverträglich sein

Der Betrieb von Biogasanlagen stellt nur dann eine attraktive und umweltfreundliche Art der Energiegewinnung dar, sofern für dessen Erzeugung überwiegend landwirtschaftliche Reststoffe, wie Gülle und Mist aus lokaler landwirtschaftlicher Produktion zum Einsatz kommen und keine Subventionen bezahlt werden. Dies wird nur in sehr begrenztem Umfang möglich sein, denn eine ökologisch geführte Landwirtschaft hat keine Reststoffe.

Aktuell wird aber im großen Stil Mais in Monokulturen für die Energiegewinnung angebaut. Durch den dadurch notwendig werdenden Import von Nahrungsmitteln und vor allem Viehfutter wird die Ernährungssituation in den Ländern der Dritten Welt drastisch benachteiligt. Außerdem findet ein inakzeptabler Mülltourismus durch Importe von Gülle aus Nachbarstaaten statt, die für den Betrieb der Biogasanlagen genutzt werden. Das lehnen wir ab.

14. Solarenergie sinnvoll nutzen

Photovoltaikanlagen können nur dann einen positiven Beitrag leisten, wenn die Solarpanels auf vorhandenen, bereits versiegelten Flächen aufgebracht werden, wie z.B. auf Dächern und wenn diese Art der Energiegewinnung als „Eigenbetrieb“ vom Bürger geführt wird und der erzeugte Strom nur privat gespeichert und genutzt werden kann und nicht in das Netz gegeben wird (sog. „Insellösung“). Die hiergegen bestehenden Verbote sind aufzuheben.

7. Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

01. Den Mittelstand vor Ort fördern

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen bieten kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze. Sie sind das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges. Und auch nur diese tragen über Steuerzahlungen zur Stärkung der kommunalen Finanzen bei, da sie keine Möglichkeit zur Verlagerung ihrer Gewinne ins Ausland haben.

Der von der EU erzwungene Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern ist vielfach unfair: Reduzierte Sozial-, Umwelt- und Besteuerungsvorschriften, wie sie bereits bei unseren direkten EU-Nachbarn vorhanden sind, führen zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem untergräbt dieser Wettbewerb unser Lohnniveau und schadet damit den einheimischen Arbeitnehmern. Die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Vergaberichtlinien muss auf staatliche Großvorhaben beschränkt werden. Der Abfluss von Steuern und Abgaben aus der Kommune schadet zudem den öffentlichen Haushalten.

02. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen

Wir wollen Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmen-Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Dies gilt ganz besonders für die digitalen Arbeitsbereiche. Wir wollen die Landesförderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wieder ins Programm aufnehmen.

Der schnelle weitere Ausbau des digitalen Breitbandnetzes muss daher äußerste Priorität genießen. Ferner schafft er gerade für Mütter die Möglichkeit, im Homeoffice-Bereich tätig zu sein. Je mehr Firmen und Handwerksbetriebe in ländlichen Gebieten ansässig sind, desto weniger findet eine Landflucht in die Städte statt. Gerade auch für junge Menschen entstehen so Zukunftsperspektiven in ihrer angestammten Heimat.

Wir unterstützen die Betreiber von Hofläden, die regionale Produkte vermarkten und damit für eine Nahversorgung im ländlichen Raum sorgen. Bürokratische Vorgaben müssen abgebaut werden, Vorschriften aus EU-Verordnungen lehnen wir ab.

03. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen in Deutschland. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.

Die AfD sieht hier ein erhebliches Wachstumspotential, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland.

Der Fremdenverkehr ist daher als Wirtschaftsfaktor unverzichtbar und genießt Vorrang vor der Nutzung für Elektrizitätserzeugung durch Windkraft und Solar, die den Wert der Landschaft nachhaltig mindern.

Eine Tourismuspolitik auf Kosten nachfolgender Generationen widerstrebt unserer Vorstellung von solider und gesunder Haushaltspolitik. Wenn Tourismuskonzepte über viele Jahre latent defizitär sind

und nur durch Zuschüsse überlebensfähig sind, müssen Alternativen gefunden und gefördert werden. Alles andere ist pure Steuerverschwendung.

04. Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern

Kreissparkassen und Volksbanken sollten vornehmlich an der Bereitstellung von Krediten an das Handwerk, den Mittelstand und die Bürger arbeiten. Bürokratische Zentralisierungen im Bankensektor bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen lehnen wir ab und fordern dezentrale Entscheidungsstrukturen, die sich an den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort orientieren.

05. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt

Betriebe der kommunalen Infrastruktur besitzen eine herausragende Bedeutung, wenn sie der Daseinsvorsorge dienen. Wir wenden uns daher gegen eine Privatisierung kommunaler Betriebe, die der Daseinsvorsorge dienen. Sie dürfen daher nur mit Zustimmung der Bürger vor Ort privatisiert werden. Daneben muss in jedem Fall entweder eine zeitliche Befristung erfolgen oder ein Rückübertragungsvorbehalt eingeräumt werden.

06. Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge

Wir unterstützen die freiwillige Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die bereits zu messbaren Verbesserungen der Grundwasserqualität geführt hat. Die Gründe der hohen Nitratbelastung sind zu analysieren, in einem zweiten Schritt ist unter Einbindung aller Akteure nach allgemein verträglichen und nachhaltigen Lösungen zu suchen.

Vorgaben (z.B. Nitratwerte und die zur Ermittlung benannten Messmethoden) des Bundes oder der EU sind sorgfältig auf Sinnhaftigkeit zu prüfen und ggf. sind durch die Kommune entsprechende Ausnahmen zu erwirken, auch unter Ausnutzung des Rechtsweges.

Der Wassercent (ehem. „Wasserpfeffig“) sollte zukünftig nicht dem Landeshaushalt, sondern den Kommunen zugutekommen.

8. Allgemeine Finanzwirtschaft

01. Die Finanzkraft der Kommunen stärken

Bei einer Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugeordnet werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommen. Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die Ebenen verteilt werden (Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand).

02. Steuermittel sparsam und effizient verwenden

Wir gehen sorgfältig mit den Steuereinnahmen um, verringern die Staatsverschuldung und beenden die Verschwendung. Zudem fordern wir, dass durch turnusmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Finanzierung übernommener Aufgaben überprüft wird.

9. Die Bundeswehr ist im Heidekreis willkommen!

Die AfD steht hinter der Bundeswehr. Wir unterstützen sie bei der Erfüllung ihres grundgesetzlichen Auftrages und nehmen die damit verbundenen Unannehmlichkeiten im Rahmen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit in Kauf.

Wir begrüßen, dass Niedersachsen mit seinen Standorten und NATO-Truppenübungsplätzen einer der bedeutendsten Stationierungsräume der Bundeswehr und unserer Verbündeten in Deutschland ist.

Die dauerhafte Präsenz deutscher Soldaten ist ein bedeutender wirtschafts- und sicherheitspolitischer Faktor. Streitkräfte sind Arbeitgeber, direkte und indirekte Steuerzahler durch Soldaten und ihre Angehörigen sowie auch Auftraggeber für lokale Betriebe. Die Anwesenheit übender Truppe führt zwar temporär zu Lärm- und Schadstoffemissionen, denen gegenüber aber Truppenübungsplätze wichtige Biotope und Lebensräume für Flora und Fauna sind.

Aus Sicht der AfD im Heidekreis überwiegen die Vorteile der Stationierungen und Übungen gegenüber den Nachteilen. Das Land Niedersachsen profitiert aus Sicht der AfD von der Stationierung der Bundeswehr in Niedersachsen.

Wir befürworten, dass ehemalige Kasernen für die Nutzung durch die Bundeswehr in Krisenzeiten in Betrieb gehalten werden und nicht als Flüchtlingsunterkünfte missbraucht werden.